

Wachstum neu denken! – Was soll eigentlich wachsen?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister und Stefan Stache

Zuweilen lenken fundamentale Krisen den Blick auf Analysen historischer Umbruchphasen. Lange bevor der Begriff der Nachhaltigkeit Eingang in die politische Debatte fand, fragte eine Gruppe von Wissenschaftlern im Jahre 1972: „Soll man das Wachstum fortschreiten lassen, bis sich neue natürliche Grenzwerte zeigen, und hoffen, dass sich eine neue technologische Möglichkeit zeigen wird, um das Wachstum fortzusetzen?“ Zentrale Modellannahmen und Vorschläge des Berichts über die „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome mussten relativiert werden. Im Kern blieben jedoch die Fragen nach der Qualität des Wirtschaftswachstums und der ökologischen und sozialen Verträglichkeit offen.

Mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise steht das im zu Ende gehenden Jahrzehnt dominante neoliberale Wachstumsversprechen sowohl politisch wie ökonomisch vor einem Scherbenhaufen. Auch wenn die meisten Regierungen mit umfangreichen Konjunkturprogrammen und einer neuen arbeitsmarktpolitischen Offenheit eine harte Landung verhindert haben, so ist eine mittelfristige Rückkehr in eine neue keynesianische Phase, wie es Paul Krugman in seiner Analyse der Krise¹ einfordert, keineswegs ausgemacht.

Aber auch angesichts der Gleichzeitigkeit von ökonomischer wie ökologischer Krise stehen Wachstumsstrategien unter einem berechtigten Legitimationsdruck, dem sich insbesondere die politische Linke zu stellen hat. Ein dreiprozentiger Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zeigt zunächst nur eine in Geld ausgedrückte Größenveränderung der

Wirtschaftsleistung an, über damit einhergehende soziale Konflikte und ökologische Folgewirkung sagt dieser Indikator hingegen nichts aus. Die begrenzte Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts als Indikator für die Wirtschaftsentwicklung oder gar für den Wohlstand ist seit langem bekannt. Darüber hinaus wird vermehrt die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob und in welchem Maße Wirtschaftswachstum noch ökologisch vertretbar ist oder – aufgrund der Alltagserfahrung von Massenarbeitslosigkeit und millionenfacher Prekarität – noch zu breitem Wohlstand führt. Hieran knüpft wiederum die Debatte an, in welcher Weise materieller Wohlstand zu individuellem Glück beiträgt und welche weiteren qualitativen Faktoren, wie z.B. Zeitsouveränität, eine entscheidende Rolle spielen. Zusammengefasst: Führt Wachstum aus der Krise? Verbessern sich dadurch die Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der abhängig Beschäftigten?

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe schließt an spw 169 „Zeit für einen neuen New Deal“ und die Diskussion einer ökologisch-sozialen Wachstumskonstellation an. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Frage nach den Voraussetzungen eines alternativen nachhaltigen Wachstumsregimes jenseits des Neoliberalismus und des Finanzmarkt-Kapitalismus.

Was den ökologischen Aspekt von Wachstum betrifft, verfügt die Linke seit geraumer Zeit nicht mehr unangefochten über ein Alleinstellungsmerkmal. Öko und Umwelt gelten überall als schick: Konservative und Marktliberale besetzen Nachhaltigkeit auf ihre Weise, als Symbolfolie dient ihnen die altbekannte „Neue soziale Marktwirtschaft“. Dafür steht exemplarisch ein Artikel des Bundesum-

¹ Paul Krugman: Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York 2009).



weltministers und des FDP-Generalsekretärs aus der Süddeutschen Zeitung², in dem die Autoren einen ökonomischen Preis für den Ressourcenverbrauch fordern und „eine ökologisch gestaltende Ordnungspolitik[...], die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht.“ Eine „marktwirtschaftliche Ökologie“ könne mit Energie- und Materialeffizienz und der Erschließung ökologischer Märkte die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland steigern. Freilich soll diese Öko-Erneuerung des neoliberalen Modells Deutschland über Kombilöhne und die offene Akzeptanz von Niedriglöhnen vonstatten gehen: „Wer sich mit Fleiß über kleine Jobs in den ersten Arbeitsmarkt herausarbeiten will, der verdient Respekt und Anerkennung auch in Form staatlicher Zuschüsse. Für diese Menschen darf der Niedriglohnsektor nicht verriegelt werden“. Nach dieser Lesart zählen AufstockerInnen, die aufgrund von Armutslöhnen zusätzlich ALG-II beziehen, zu einem

förderungswürdigen zweiten Arbeitsmarkt. Mit dem grün gefärbten Wettbewerbskleid präsentiert man sich ökologisch aufgeklärt und modern sowie als Anwalt der LeistungsträgerInnen und vermeintlich auch der working poor.

Wenn der ökologisch „aufgeklärte Wachstumsbegriff“ nun von denen aufgegriffen wird, die solche Steuerungsdebatten zuvor scheuten, stellt sich zunächst die Glaubwürdigkeitsfrage. Doch die neuen ideologischen Formationen verdeutlichen, dass ein progressiver Wachstumsdiskurs auf der anderen Seite nicht geführt werden kann, ohne zugleich die Fragen nach ökonomischer Macht im Kapitalismus zu stellen und die Verteilungsausinandersetzungen mit einzubeziehen. Zwar ist das Konzept der ökologischen Industriepolitik, mit einer Pionierfunktion des Staates, zum Bestandteil des sozialdemokratischen Mainstreams avanciert. Es bedarf jedoch der programmatischen Einbettung in ein Projekt eines emanzipatorischen Sozialstaates und gesellschaftlicher wie ökonomischer Demokratisierung. Eine solche Einbettung, welche

² Christian Lindner, Norbert Röttgen: Eine neue Ordnung mit ebwährten Prinzipien, in: Süddeutsche Zeitung 26. März 2010.

die SPD-Linke u.a. unter dem Begriff New Deal diskutiert, wird in der Gesamtpartei noch zu leisten sein. Weder die Erschließung ökologischer Leitmärkte und ökologischer Innovationen noch Investitionen in mehr Bildung, wie Sigmar Gabriel sie im Buch „Links neu denken“ fordert, bilden ein linkes Alleinstellungsmerkmal und können für andere Konzepte vereinnahmt und sogar pervertiert werden.

Tanja von Egan-Krieger und Barbara Muraca nehmen in ihrem Beitrag eine skeptische Haltung gegenüber Wirtschaftswachstum und seiner qualitativen Steuerung ein. So seien etwa die Möglichkeiten, zur Verminderung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen die Ressourcenproduktivität zu steigern, aufgrund der zugleich steigenden Nachfrage begrenzt. Auch die Verlagerung des Wachstums auf den Dienstleistungssektor löse das Problem nicht zwangsläufig, da die Industrieproduktion sich in die Entwicklungs- und Schwellenländer verlagere. Dennoch ziehen Muraca und von Egan-Krieger nicht die Schlussfolgerung einer Umkehrung der Wachstumstendenzen bis hin zum Nullwachstum. Vielmehr empfehlen sie die „Abkopplung von der Bewertung des Zustandes einer Volkswirtschaft vom ökonomischem Wachstum“. Wachstum solle „nicht mehr zum Maßstab und zum Ziel einer Volkswirtschaft erhoben werden“.

Einen andere Perspektive wählen Simon Sturm und Till van Treeck: Die bloße Produktion von Gütern sei kein Selbstzweck. Koordinierte Konjunktur-, Lohn- und Verteilungspolitik müsse dafür sorgen, das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial nicht nur voll auszuschöpfen, sondern auch eine gleichmäßige Verteilung zu erreichen, damit keine Armut neben dem Überfluss entstehe. Arbeitszeitverkürzung schaffe im Anschluss daran Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Freizeit. Die ökonomische Ungleichheit müsse aus sozialen und ökologischen Gründen reduziert werden; dies gestalte sich jedoch ohne Wachstum noch viel schwieriger als mit Wachstum.

Insgesamt sei deshalb gerade Wachstum erforderlich, um den Raum für ein nachhaltiges Wirtschaften zu vergrößern und den Menschen den Abschied von Konsumzwängen zu ermöglichen.

Programmatisch scheint die Antwort offenbar nicht im Abschied vom Wachstum, sondern in Kriterien und Steuerung des Wachstums zu liegen. Zu oft wird allerdings auch in der politischen Linken das Potential technologischer (Basis)-Innovationen ausgeblendet und der technische Fortschritt wird, entgegen der historischen Erfahrung, zu wenig als Bestandteil gesellschaftlicher Reformansätze verstanden. Anknüpfend an die Theorie langer Wellen geht es jetzt aber darum, welche Basistechnologie bestimmend für den nächsten langen Zyklus werden kann. In spw wurde immer wieder über neue Formen der Energieerzeugung diskutiert, die prinzipiell über eben dieses Potential einer Basisinnovation verfügen. Neben der technischen Ebene ist Wachstum dann wünschenswert, wenn es erstens auf Basis einer möglichst natur- und ressourcenschonenden Produktionsweise fußt und zweitens zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrzahl der Bevölkerung beiträgt. Anders ausgedrückt: Wer auf Wachstum setzt, muss beantworten, welche Sektoren wachsen sollen. Zunächst ein anders gelagertes Beispiel: Die jüngste Krise hat die destruktive Kraft eines aufgeblähten Finanzsektors mit seinen radikalen Renditevorgaben verdeutlicht. Jede Volkswirtschaft ist auf ein funktionierendes Finanzsystem angewiesen, aber insbesondere in den USA und in Großbritannien nehmen Finanzinstitute einen zu großen Anteil am Wirtschaftsprodukt ein und absorbieren letztlich auch zu viele kluge Köpfe, die oft keinen Nutzen erzeugen bzw. destruktiv wirken. Künftig geht es für den Finanzsektor um ein bewusstes Schrumpfen auf ein näher zu bestimmendes Maß. Andere Sektoren müssen hingegen wachsen und ausgebaut werden. Dabei wird deutlich, wie sehr ein neues Wachstumsmodell mit einer umfassenden

wirtschaftlichen Demokratisierung einhergehen muss.

In ähnlicher Richtung argumentiert Wolfgang Rhode von der IG Metall, man stehe nicht vor der Entscheidung für oder gegen Wachstum, sondern zwischen einem traditionellen oder einem sozial-ökologisch verträglichen Wachstumspfad. Produktionsverfahren und Produkte müssten auf eine ressourcensparende und klimaverträgliche Ökonomie ausgerichtet werden. Daneben gelte es, gesellschaftliche Bedarfsfelder, u.a. im Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, zu erschließen. Dies müsse sich auch in der neuen wirtschaftspolitischen Strategie der EU niederschlagen, die aktuell unter der Überschrift „EU 2020“ ausgearbeitet wird. Die gewerkschaftlichen Anforderungen an die EU 2020 richten sich dabei an den Eckpfeilern soziale Gerechtigkeit, Vorrang für gute Arbeit und ökologische Verträglichkeit aus. Rhode hält eine „doppelte Dividende zu Gunsten von Arbeit und Umwelt“ für grundsätzlich möglich. Ein Schlüssel dafür liege in der ökologischen Modernisierung der Industrie. Konflikte zwischen Arbeit und Ökologie seien damit nicht vom Tisch, sondern müssten ausgetragen werden.

Auf die positiven Beschäftigungseffekte einer emissionsarmen Wachstumsstrategie weist eine Untersuchung von Holger Rogall hin. Der Umweltökonom berechnete die Beschäftigungsauswirkungen einer systematischen, nachhaltigen Umstrukturierung. Rogall kommt darin zu der Einschätzung, dass allein durch die Einführung alternativer Antriebs-techniken und Kraftstoffe, einhergehend mit einer Umschichtung von Steuergeldern in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und Emissionsabgaben für den Kerosinverbrauch, etwa 335 000 Arbeitsplätze entstehen könnten.

Cordula Drautz skizziert unterschiedliche progressive Debattenstränge um Wachstum und plädiert für eine systematische Integra-

tion von ökologischen und sozialen Kriterien in die Ökonomie und ihre Indikatoren. Neben einer ökologischen Ausrichtung der Produktionsweise, die den Preis für den Ressourcenverbrauch berücksichtige, sei u.a. eine verstärkte Binnenmarktorientierung, die Verkürzung und gerechte Verteilung von guter Arbeit sowie die Regulierung des Finanzsektors anzustreben. Der Finanzsektor müsse der Realwirtschaft dienen.

Ohne die globale Regulierung der Finanzmärkte und den Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte wird kein neues Wachstumsmodell möglich sein, unterstreichen auch Sebastian Dullien, Christian Kellermann und Hansjörg Herr. In ihrem Vier-Säulen-Modell eines „Guten Kapitalismus“ jenseits marktliberaler Ordnungslogik sprechen sie sich für ein Wirtschaftswachstum aus, welches auf privater Nachfrage durch Einkommenszuwächse beruht. Ein System fester Wechselkurse solle zudem die Weltwirtschaft verbinden und durch Wechselkursanpassungen Leistungsbilanzungleichgewichte verringern. Innerhalb von Währungsunionen komme es auf eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik an. Zur Finanzierung von Krediten für Innovationen und Investitionen reichten zudem relativ bodenständige Finanzsysteme aus. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.